

Esken warnt: Alleingänge in der Asylpolitik sind brandgefährlich!

Der Artikel analysiert die aktuelle Debatte zur Migrationspolitik in Deutschland, insbesondere die unterschiedlichen Perspektiven von SPD und Union am 10.03.2025.

Deutschland - Die Diskussion um die Asylpolitik in Deutschland erreicht einen neuen Höhepunkt. Während die SPD und die Union sich in ihren Deutungen des Sondierungsergebnisses zur Migrationspolitik unterscheiden, gibt es eine Einigung über die grundsätzliche Vorgehensweise: Asylsuchende sollen bei Grenzkontrollen zurückgewiesen werden, „in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn“, wie es im Ergebnispapier heißt. Dies wurde von SPD-Chefin **Saskia Esken** und dem CDU-Politiker **Jens Spahn** bestätigt.

Spahn betont jedoch, dass eine „Abstimmung“ nicht zwingend eine Zustimmung seitens aller Nachbarländer erfordere. Im äußersten Notfall sei man auch bereit, gegen den Willen der Nachbarstaaten zu handeln. Diese Aussage stößt auf Widerstand bei Esken, die darauf besteht, dass eine klarere Vereinbarung getroffen werden müsse. Sie kündigte an, das Thema in den kommenden Verhandlungen mit der Union zu klären und fordert eine intensivere Kooperation auf europäischer Ebene. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sie vor riskanten Alleingängen warnt, die die Situation für Asylsuchende gefährden könnten.

Die Warnung der Experten

Inmitten dieser politischen Auseinandersetzungen äußert sich Migrationsexperte **Daniel Thym** kritisch zur geplanten Verschärfung des Asylkurses durch die Union. Er sieht die Union als Verliererin im Asylstreit und warnt den möglichen Kanzler Friedrich Merz vor riskanten Schritten. Thym stellt zudem in Frage, ob die nächste Regierung die Kapazitäten hat, um Asylsuchende langfristig zurückzuweisen.

Sein Appell richtet sich insbesondere an die Notwendigkeit einer humanitären und ordentlichen Asylpolitik. Er fordert von der Regierung ein klares Signal an potenzielle Geflüchtete und schlägt vor, neue Strategien an den Grenzen zu entwickeln, um Missverständnisse zu vermeiden.

Migrationsabkommen und deren Herausforderungen

Die Diskussion um die Asylpolitik ist eingebettet in den größeren Kontext europäischer und bilateraler Migrationsabkommen, die in den letzten Jahrzehnten verhandelt wurden. Ein kurzer Überblick zeigt, dass Migration ein transnationales Phänomen ist, bei dem unilaterale Steuerungsversuche wenig Erfolg versprechen. Laut den Informationen der **Bundeszentrale für politische Bildung** ermöglichen Kooperationsvereinbarungen mit Herkunfts- und Transitstaaten Regierungen, migrationspolitische Prioritäten mittels Anreizen oder Sanktionen zu verfolgen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein starkes Interesse daran, den Druck auf ihre Grenzen zu regulieren. Derzeit hat Deutschland mit mehreren Ländern, darunter Indien und Usbekistan, neue bilaterale Migrationsabkommen abgeschlossen, die sowohl die Anwerbung von Arbeitskräften als auch Rückkehrkooperationen fokussieren. Allerdings gestalten sich die praktischen Umsetzungen oft schwierig, etwa durch bürokratische Hürden und personelle Engpässe.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die gemachten

Schritte in der Migrationspolitik sowohl Herausforderungen mit sich bringen als auch neue Möglichkeiten eröffnen. Es bleibt abzuwarten, wie die Parteien diese Fragestellungen in den kommenden Gesprächen und unter dem Einfluss internationaler Gegebenheiten weiter konkretisieren werden.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.ksta.de • www.sueddeutsche.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de